

möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7600** mit dem eben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** und das **Haushaltsgesetz 2015 in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7616. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Demzufolge bei der CDU-Fraktion. Damit ist der **Entschließungsantrag** der FDP **Drucksache 16/7616** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt** worden.

Wir kommen zur letzten Abstimmung. Das ist die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/7617. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Die gibt es bei der FDP-Fraktion. Damit ist der **Entschließungsantrag** der CDU **Drucksache 16/7617** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **abgelehnt** worden.

Wir sind am Ende von Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf:

## 2 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6689

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Innenausschusses  
Drucksache 16/7552

Änderungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/7620

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/7626

zweite Lesung

In Verbindung mit:

**Nordrhein-Westfalen muss sich für eine gerechte Verteilung zum Wohl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einsetzen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/7542

Und:

**Abschiebung in die Kälte stoppen – NRW muss eine Anordnung zur Aussetzung von Abschiebungen gemäß § 60a Abs.1 AufenthG in ausgewählte Staaten während der Wintermonate erlassen**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/7543

Ich eröffne zu dem Gesamtkomplex die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Körfges für die SPD-Fraktion das Wort.

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute plenar über das sogenannte Flüchtlingsaufnahmegesetz. Lassen Sie mich aber beginnen mit einem Hinweis auf zivilgesellschaftliches Engagement bezogen auf Flüchtlinge in unserem Lande, das uns alle stolz machen sollte. Ich bin froh darüber, dass sich sehr, sehr viele Menschen in allen Kreisen, Städten und Gemeinden unseres Landes das Anliegen, Willkommenskultur zu leben, zu eigen gemacht haben.

Ich habe gestern einen Weihnachtsbrief erhalten mit der Überschrift „Macht hoch die Tür“, der Bezug nimmt auf die Situation von Flüchtlingen in unserem Land. Dieses Schreiben des Bundes der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften Bezirksverband Mönchengladbach, Rheydt und Korschenbroich hat mich sehr berührt, weil dort eine Verbindung zwischen der christlichen Heilsbotschaft und der Verantwortung für Menschen, die zu uns kommen, weil sie vor Krieg und Not, Verfolgung und Hunger fliehen, hergestellt wird. Ich erlaube mir jetzt, wörtlich zu zitieren:

Es geht um die Anerkennung einer Verantwortung für eine menschliche Welt. Die Kernfrage kann nur lauten: Was können, wollen, müssen wir tun? Die Ansätze sind klar. Macht hoch die Tür, aber geht auch an die Quelle des Elends!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, treffender kann man das nicht beschreiben, was alle Fraktionen in diesem Haus, die Menschen in unserem Lande und auch alle Ebenen staatlicher Verantwortung und kommunaler Verantwortung derzeit eint. Wir wollen gemeinsam Verantwortung übernehmen für die Menschen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen.

(Beifall von der SPD)

Insoweit halte ich es auch für lobenswert und anerkennenswert – das ist in der Debatte zum Haushalt eben mehrfach angesprochen worden –, dass wir

eine weitere Summe in Höhe von 500 Millionen € zur Verfügung haben. Aber die wird eben nur zur Hälfte vom Bund zur Verfügung gestellt. Die andere Hälfte finanzieren wir, die Länder, zu einem gleichen Anteil.

Wenn jetzt moniert wird, das Land hätte mehr zur Verfügung stellen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich über insgesamt 145 Millionen € hinaus, dann kann ich nur sagen: Sie haben Ihre Chance gerade eben verpasst. Sie hätten dazu einen Änderungsantrag zum Haushalt stellen können. Ansonsten ist das, so kann ich Ihnen nur sagen, ganz offensichtlich nur eine leere rhetorische Nummer gewesen.

Ich will Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir mit unseren Änderungsanträgen, die ja gottlob nicht attackiert worden sind – ich finde es sehr ehrenwert, wenn man auch in den Wettstreit bezogen auf die Höhe der Summen geht –, zum FlüAG zusätzlich 40 Millionen € pro Jahr dynamisierend für die Kommunen zur Verfügung stellen. Die Ratio des CDU-Antrages hätte ich gern im Fachausschuss mitdiskutiert. Nur leider lag der noch nicht vor.

Lassen Sie mich auch etwas zu der Frage der Härtefälle in Krankheitsfällen sagen.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Körfges, es gibt den Wunsch zu einer Zwischenfrage von Herrn Kollegen Herrmann.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ja.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Ihr Mikrofon ist freigeschaltet.

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Körfges, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Wollen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir Haushaltsänderungsanträge gestellt haben, die Sie abgelehnt haben, und dass Sie die gerade von Ihnen erwähnten Änderungsanträge, wogegen Sie keinen Widerstand gehört haben, so gestellt haben, dass der gar nicht möglich war, weil Sie die erst letzte Woche vorgelegt haben?

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich konzidiere, dass Sie Änderungsanträge gestellt haben. Ich hatte gerade aber nur die Fraktion der CDU angesprochen. Insoweit ist die Zwischenfrage sicherlich berechtigt. Nur die Antwort auf die Frage, wie Sie denn bitte die finanziellen Aufwendungen, die damit verbunden gewesen wären, refinanzieren wollen, sind Sie leider auch schuldig geblieben.

Lassen Sie mich zur Übernahme von Gesundheitskosten in Härtefällen zu sprechen kommen: Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann die Kämme-

rer aus den Kommunen, ich kann die Menschen, die sich vor Ort einsetzen, durchaus verstehen. Ich will Ihnen nur eines sagen: Hätten Sie – das geht in Richtung CDU – mit uns gemeinsam den Weg gewählt, auf Bundesebene das Asylbewerberleistungsgesetz insgesamt infrage zu stellen, hätte es für die Kommunen eine viel grundsätzlichere Entlastung geben können. Insoweit, finde ich, sind wir auf dem richtigen Weg.

Ich möchte jetzt noch ganz kurz zum Antrag der Piraten kommen, der in verbundener Debatte diskutiert wird. Ich will darauf hinweisen, dass es hinsichtlich der Menschen, die keine gesicherte Bleiberechtsperspektive haben, weil sie Asylfolgeantragstellerinnen und -antragsteller sind, tatsächlich Probleme mit ihrem Aufenthaltsrecht bei uns gibt. Ich bin froh darüber, dass wir seinerzeit zumindest mit dem Vorgriffserlass für einen Teil dieser Menschen für eine gesicherte Perspektive gesorgt haben.

**(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)**

Ebenso bin ich der Ansicht, dass es einer besonderen Sensibilität bedarf, wenn es um die Rückführung von Menschen – unabhängig von der Asylanerkennung – insbesondere in Staaten geht, die nicht dem Anspruch genügen, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorzugehen. Ich finde, auch insoweit haben wir miteinander ein ernstes Problem zu besprechen.

Ich kann Ihnen aber schon sagen: Mir ist es allemal lieber, den Sensibilisierungserlass, der sich aus meiner Sicht für das Kosovo bewährt hat, auf alle Westbalkanstaaten auszudehnen und dann dafür zu sorgen, dass nicht nur auf den Winter, sondern auf die Abschiebung und damit verbundene Härten insgesamt Bezug genommen wird.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist deutlich überschritten.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich komme zum Ende. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das halte ich für den besseren Weg. Insoweit werden wir Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von den Piraten, gleich nicht zustimmen. Ich denke aber, wir müssen uns alle gemeinsam auch in Anerkennung der wichtigen Arbeit, den die Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuss für uns alle leisten, an der Stelle positionieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion der CDU spricht Kollege Kuper.

**André Kuper** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Flüchtlingsstrom nach Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahren jeweils verdoppelt. Er wird auch im kommenden Jahr – das zeigen alle Prognosen – nicht abreißen. Man rechnet im Jahr 2015 mit weiter steigenden Flüchtlingszahlen und rund 230.000 Asylanträgen. Für NRW bedeutet dies, dass wir mit etwa 50.000 Flüchtlingen rechnen müssen, die in unseren Städten und Gemeinden aufzunehmen und zu integrieren sind.

Angesichts dieser Zahlen hätte die Landesregierung frühzeitiger reagieren müssen, um notwendige Rahmenbedingungen vor Ort zu schaffen, damit Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Gewalt sind, hier empfangen und nicht nur verwaltet werden.

Mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz haben Sie, sehr geehrter Herr Minister Jäger, zu lange dafür gesorgt, dass die Kommunen viel zu wenig Geld für diese wichtige Aufgabe bekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Kommunen mussten und müssen weiterhin viele Millionen Euro eigene Mittel aufwenden, um die Flüchtlinge materiell willkommen zu heißen.

Ihre zweifelhaften Behauptungen hinsichtlich der Überzahlung einzelner Kommunen lassen viele Kostenpositionen außen vor, was Sie wissen und was in den NRW-Städten und Gemeinden zu Recht für massive Verstimmung sorgt.

Es kann nicht richtig sein – so ein Zitat –, dass Kommunen wie Duisburg, die an allen Ecken und Kanten sparen müssen, nur knapp 20 % der Kosten erstattet bekommen. Das war ein Zitat von SPD-Oberbürgermeister Sören Link gegenüber der „WAZ“ am 05.09.2014.

Obwohl also nicht nur wir Sie auf Defizite der bisherigen Pauschalersatzung und der Organisation aufmerksam gemacht haben, gab es für Sie viel zu lange keine Notwendigkeit für wirkliche Verbesserungen. Wir haben Ihnen beispielsweise schon vor einem Jahr den Vorschlag gemacht, die Kommunen bei Krankheitskosten für Flüchtlinge deutlicher zu unterstützen und einen Härtefallfonds einzurichten. Jetzt erst gehen Sie darauf ein.

Die Ignoranz zeigte auch dieses Gesetzgebungsverfahren. Die erste Lesung war vor gut drei Monaten am 11. September. Damals sollte es, obwohl die Flüchtlingsströme und die finanziellen Nöte der Kommunen bekannt waren, keine wesentlichen Änderungen, letztlich keinen strukturellen Euro zusätzlich geben.

Aber seit dem Tag hat sich in der NRW-Flüchtlingspolitik viel verändert. Es ist viel passiert: die entsetzlichen Bilder aus Burbach über Missstände in den Landesunterbringungseinrichtungen,

der NRW-Flüchtlingsgipfel und lange angekündigte Maßnahmen des NRW-Flüchtlingsgipfels.

Sie von den regierungstragenden Fraktionen haben zu lange die Augen vor den Herausforderungen der Flüchtlingsströme verschlossen. Es mussten leider erst die Bilder aus Burbach weltweit für Empörung sorgen, damit Sie bei der Flüchtlingspolitik endlich aufwachen und anfangen, Ihre Verantwortung zu übernehmen. – Traurig, aber wahr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ihre Ankündigungen beim NRW-Oktobergipfel ließen erste gute Schritte erahnen: Aufstockung der Landesmittel um 40 Millionen € und der Härtefallfonds für Krankheitskosten. Dann kam die Bund-Länder-Vereinbarung mit 108 Millionen €, die Sie auf der Basis von Einwohnerzahlen berechnen. Wir verstehen sie übrigens anders, nämlich so, wie es im Text der Vereinbarung steht, dass wir am Umsatzsteueranteil beteiligt werden. Dann müssten es normalerweise 119 Millionen € für NRW sein. Aber die Zeit wird es zeigen.

Die Ernüchterung ist sehr schnell in den Kommunen angekommen, als es um die Finanzierung, die Hilfen und die Weiterleitung durch das Land ging. Sie leiten nur den Bundesanteil aus der Bund-Länder-Vereinbarung weiter. Mit dem Rest finanzieren Sie Ihre im Oktober versprochenen Maßnahmen.

(Widerspruch von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE])

Das sind die klebrigen Finger. Das zeugt davon, dass Sie immer noch nicht den Ernst der Lage erkannt haben.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, mit Ihrem Gesetzentwurf sind Sie nicht weit genug gegangen. Wir werden uns bei der Abstimmung gleichwohl enthalten.

Wir haben Ihnen aber mit einem Änderungsantrag die Chance einer Verbesserung gegeben. Wir wollen eine Anpassung der Stichtagsregelung. Mit Ihrer Regelung lassen Sie die Kommunen auf Vorjahresflüchtlingszahlenbasis letztlich mit Kosten für 10.000 der 38.000 Flüchtlinge im Regen stehen.

Wir wollen einen wirklichen Hilfsfonds für die Krankheitskosten ab 50.000 €, um damit 50 Gemeinden bei einem echten Problem zu helfen, und wir wollen die vollständige Weiterleitung der Bundesmittel.

In Zeiten von Flüchtlingsströmen aus Syrien, dem Irak und den daraus entstehenden Herausforderungen für die Kommunen ist dies der falsche Zeitpunkt, sich mit Rechenricks und Wegschauen der Verantwortung zu entziehen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, die Redezeit.

**André Kuper** (CDU): Ich komme zum Ende. – Es ist bald Weihnachten. Geben Sie sich einen Ruck, und sorgen Sie für ein weiteres Stück Zwischenmenschlichkeit und Gerechtigkeit in der NRW-Flüchtlingspolitik! – Ich danke Ihnen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Kuper. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

**Monika Düker** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur zu dem Punkt, dass Sie alle inzwischen auf ihre Redezeit hingewiesen haben: Zu drei verschiedenen Sachverhalten in fünf Minuten zu sprechen, ist sehr ambitioniert.

(Beifall von Marc Olejak [PIRATEN])

Ich versuche das einmal.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Kollegin, das ist kein Problem des Präsidiums, sondern eine Vereinbarung der Fraktionen.

**Monika Düker** (GRÜNE): Ich wollte es nur erklären, ...

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Ich wollte es auch nur erklären.

**Monika Düker** (GRÜNE): ... warum alle Kollegen in Schwierigkeiten kommen. Das wird bei mir wahrscheinlich gleich auch der Fall sein. – Aber ich versuche es einmal.

Zum Flüchtlingsaufnahmegesetz, das heute zur Abstimmung steht: Wir geben 40 Millionen € mehr strukturelle Mittel an die Kommunen. Das ist eine Steigerung von über 20 %. Wir richten einen Härtefallfonds für schwerkranke Flüchtlinge ein. Die Kommunen, die insbesondere in den Grenzregionen sehr viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen, bekommen diese auf ihre Aufnahmequote angerechnet.

Jetzt sagt die CDU, dass sie das für nicht genug hält. – Genug kann es da nie geben. Aber, Herr Kuper, ich finde es schäbig und unredlich – das haben Sie im Innen- und Kommunalausschuss auch schon vorgetragen –, dass die CDU dort, wo sie Verantwortung trägt, nämlich in der Bundesregierung, verhindert hat, dass es zu einer strukturellen und vor allen Dingen dauerhaften Entlastung der Kommunen gekommen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vor allen Dingen haben Sie es verhindert, dass wir eine bessere Gesundheitsversorgung für die Flüchtlinge vor Ort haben. Aber dann in der Opposition zu sagen, das Land stehe als Ausfallbürge für die

komplette verfehlte Bundespolitik in der Verantwortung, nenne ich unredlich. Ich möchte das zurückweisen, denn das ist in dieser Argumentation nicht zu akzeptieren.

Die Bundesregierung – das ist Fakt – ist zu keiner strukturellen Unterstützung der Kommunen bereit.

Die Bundesregierung ist auch nicht zu einer besseren Gesundheitsversorgung für die Menschen in den Kommunen bereit. Warum ist dieser Härtefallfonds überhaupt nötig geworden? Weil dieses unsägliche Asylbewerberleistungsgesetz, das Sie mit Ihrem Beharrungsvermögen aufrechterhalten wollen,

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Nicht schon wieder!)

Flüchtlingen immer noch eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung versagt. Deswegen haben Sie die Verantwortung, dass bei den Menschen diese Gesundheitsversorgung nicht ankommt.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Sie haben doch gerade im Bundesrat wieder zugestimmt!)

Beispielsweise werden von den Sozialämtern Anträge von Kriegsoffizieren auf eine Prothese abgelehnt, weil das im Asylbewerberleistungsgesetz nicht vorgesehen ist. Das strukturell zu verändern, diese Menschen in die normale Gesundheitsversorgung zu bringen und ihnen eine Gesundheitskarte für eine menschenwürdige Versorgung zu geben, haben Sie verhindert.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Hätten Sie im Bundesrat abgelehnt, hätte es weitere Verhandlungen geben müssen!)

Deswegen richten wir hier den Härtefallfonds ein, damit eine Behandlung vor Ort nicht mehr am Geld scheitert. Deswegen ist das notwendig geworden.

(Beifall von Bernhard von Grünberg [SPD])

Was diese Menschen brauchen, ist eine gesetzliche Krankenversicherung, die jeder andere Sozialhilfeempfänger auch bekommt. Ich finde es schäbig, dass Sie sagen, das Land müsse mehr tun, wenn Sie auf Bundesebene verhindern, dass das bei den Menschen ankommt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vor diesem Hintergrund, dass sich das Land der Verantwortung stellt und 2015 insgesamt 145 Millionen € durch den Haushaltsentwurf der Landesregierung, der schon Steigerungen vorgesehen hat, für Flüchtlinge zur Verfügung stellt, das strukturell verankert und der Großteil davon an die Kommunen für eine bessere Versorgung der Menschen, die zu uns flüchten, geht, finde ich, Herr Paul, Ihre Kritik – er ist gerade nicht mehr da – an diesem Ergebnis maßlos.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Herr Herrmann, alle Oppositionsfraktionen – auch Ihr Herr Paul als Fraktionsvorsitzender – haben beim Flüchtlingsgipfel mit am Tisch gesessen.

(Zustimmung von Frank Herrmann [PIRATEN])

Herr Paul hat sich drei Stunden lang ohne Forderungen in der Debatte eingebracht.

([Marc Olejak [PIRATEN]: Was? – Frank Herrmann [PIRATEN]: Doch! Standards wollte er haben!])

Nachher hat er gesagt, er akzeptiere diese Vereinbarung. Er hat nicht dagegengeredet und im Übrigen keine eigenen Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Danach zu sagen, er schäme sich ...

(Lachen von Marc Olejak [PIRATEN])

– Er hat in diesem Gespräch nichts gesagt; ich war doch dabei.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Die Anträge von uns stapeln sich schon seit einem Jahr!)

Er sagte nachher: Es gibt jetzt 145 Millionen €, und deshalb schäme ich mich für dieses Land. – Ihre Politik kann man da wirklich nicht mehr ernst nehmen!

(Beifall von den GRÜNEN – Nicolaus Kern [PIRATEN]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Diese maßlose Kritik weise ich zurück.

Zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gibt es in Ihrem Antrag einen Widerspruch, und etwas fehlt in Ihrem Antrag, Herr Kuper. Der Widerspruch ist, dass Sie die Forderung erheben, dem Bayern-Antrag im Bundesrat beizutreten, und in einem anderen Punkt fordern, das Kindeswohl solle im Vordergrund stehen. Es widerspricht sich leider, dem Antrag Bayerns beizutreten, in dem es nur um eine quotale Verteilung geht

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

und in dem das Wort Kindeswohl überhaupt nicht vorkommt, und gleichzeitig zu sagen: Für uns hat aber das Kindeswohl Vorrang. – Beides passt nicht zusammen.

Und in der Kürze der Zeit: Betreffend die Umsetzung der Kinderrechtskonvention fehlt etwas, nämlich dass nach der Kinderrechtskonvention für Kinder bis 18 Jahre das Wohl des Kindes im Vordergrund steht. Nach wie vor fehlt im Asylverfahrensgesetz die Heraufsetzung der Asylverfahrensfähigkeit von 16 auf 18 Jahre. Im SGB VIII, im Kinderjugendhilfegesetz, heißt es nämlich: Alle Kinder bis 18 haben Anspruch auf Jugendhilfe. – Diese Forderung nach Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland fehlt in Ihrem Antrag.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

**Monika Düker (GRÜNE):** Letzte Anmerkung zum Abschiebestopp im Winter: Problematisch, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten, finden wir diese Abschiebung in diese Länder nicht nur im Winter, sondern das ganze Jahr über. Deswegen müssen wir alle landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Da spreche ich den Innenminister an, der per Erlass einiges machen kann. Es gilt, alle landesrechtlichen Möglichkeiten das ganze Jahr auszuschöpfen, um problematische Abschiebung insbesondere auch in die Balkanstaaten – dorthin erfolgen sehr viele Abschiebungen – zu verhindern. Diese Möglichkeit möchte ich bitte für das ganze Jahr haben.

Wir können uns als Fraktion da immer mehr vorstellen; das ist richtig. In einer Koalition ist das manchmal so. Mein Ziel ist es hier, Landesrecht auszuschöpfen und das ganze Jahr über und nicht nur im Winter inhumane Abschiebung zu verhindern. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Gnädige Frau Kollegin, würden Sie bitte einen Moment hierbleiben. Es liegt eine Kurzintervention des Kollegen Herrmann vor. Bitte schön.

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Vielen Dank. – Frau Kollegin Düker, natürlich war Herr Dr. Paul beim Flüchtlingsgipfel. Und auch wir tragen das, was da vor Ort besprochen wurde, mit.

Kritik haben wir an dem dann folgenden Prozess, daran, wie Sie das Vereinbarte in Anträge bzw. in Haushaltsanträge und ins Gesetz gegossen haben, angebracht. Wir kritisieren, dass Sie im Rahmen der Umsetzung, was die soziale Beratung angeht, im Nachhinein noch andere Posten draufgepfropft haben, und diverse andere Punkte. Dazu haben wir Änderungsanträge gestellt, die Sie wiederum alle – relativ kommentarlos – abgelehnt haben.

Wir tragen, wie gesagt, die grundsätzlichen Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels auf jeden Fall mit. Es war dringend notwendig, dass etwas passiert. Das haben wir immer wieder zum Ausdruck gebracht. Das möchte ich festgehalten haben.

(Beifall von den PIRATEN)

**Monika Düker (GRÜNE):** Dazu gibt es nur zu sagen, Herr Herrmann, dass wir nicht nur die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels finanziell eins zu eins in den Haushaltsanträgen umgesetzt haben, sondern wir sind darüber hinausgegangen.

(Minister Ralf Jäger: Ja!)

Das, was beim Flüchtlingsgipfel vereinbart wurde, waren in Geld rund 43 Millionen.

Wir haben letztendlich im Haushaltsgesetz 91 Millionen € nur als Auswirkungen der Vereinbarungen des Flüchtlingsgipfels zur Verfügung gestellt – plus die 54 Millionen, die wir direkt vom Bund an die Kommunen weiterleiten. Das macht zusammen 145 Millionen €.

Meine Kritik richtete sich an Herrn Paul dahin gehend, dass er sich angesichts dieser nicht nur 1:1-Umsetzung des Flüchtlingsgipfels, sondern auch der fast Verdoppelung plus Weiterleitung der Bundesmittel hier hinstellt und sagt, er schäme sich für diese Politik. Das finde ich einfach unredlich und maßlos. Das wird dieser Politik nicht gerecht. Man kann Sie dann in Ihrer Kritik auch nicht mehr ernst nehmen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Stamp.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir über Flüchtlinge sprechen, möchte ich eine Bemerkung vorwegstellen: Es gibt in einer globalisierten Welt bei vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Ängste vor Veränderungen. Die Ängste müssen wir ernst nehmen. Sie sind auch nicht alle rechts. Christian Lindner hat dazu vorhin ausgeführt. Es gibt andere, die auch vor TTIP Angst haben.

Wir als Demokraten müssen mit seriöser Politik und einer besseren Vermittlung unserer Politik diese Ängste abbauen. Wer aber – das muss man, glaube ich, an einer solchen Stelle auch einmal sagen – wie PRO NRW und Teile der AfD Demonstrationen gegen Flüchtlinge organisiert, ist widerlich und stellt sich außerhalb unserer demokratischen Wertegemeinschaft.

(Allgemeiner Beifall)

An diesem Tag möchte ich hier in diesem Hause auch sagen: Ich empfehle uns allen als Demokraten, uns nicht mit Diskussionen auseinanderzudividieren, wer wann wo an welcher Demonstration teilgenommen hat. Ich freue mich, dass alle hier im Haus vertretenen Parteien bei uns in Bonn an der Demonstration Seite an Seite gestanden haben.

Wir haben eine humanitäre Verantwortung gegenüber Flüchtlingen, und dieser Verantwortung ist diese Landesregierung bis heute aus unserer Sicht nicht ausreichend nachgekommen.

(Beifall von der FDP)

Es hat Warnungen gegeben aus dem eigenen Haus, von Flüchtlingsorganisationen, von der Opposition, und der Minister hat sich lange Zeit stief-

mütterlich um dieses sensible Thema gekümmert. Sie waren lange Zeit fachlich nicht ausreichend im Stoff, weil Sie das Thema nicht interessiert hat. Dadurch sind auch Umstände entstanden, die das, was dann in Burbach und anderswo passiert ist, ermöglicht haben.

Sie tragen nicht die persönliche Schuld – das hat hier im Hause keiner jemals gesagt –, aber Sie tragen auch nach Ihrem eigenen persönlichen Politikverständnis dafür die politische Verantwortung.

Wir haben dann eine Situation erlebt, wo der Minister unter Druck gekommen und die Ministerpräsidentin ihm beigesprungen ist und einen Flüchtlingsgipfel veranstaltet hat. Wir als Opposition sind hingegangen und haben gesagt: Wir verzichten auf Parteipolitik, und wir sind auch zu Ergebnissen gekommen.

Die Ministerpräsidentin hat uns bei diesem Gipfel zwei klare Zusagen gemacht:

Erstens. Über die Finanzierung des Pakets wird es – Zitat – „Ausführliche Beratung mit den Fraktionen“ geben. Das ist bis heute ausgeblieben. Sie finanzieren die eine Hälfte mit Bundesgeldern und die andere mit Steuererhöhungen. Das ist der erste Wortbruch vom Flüchtlingsgipfel.

Und an die Ministerpräsidentin gerichtet muss ich sagen: Die zweite Zusage, die Sie uns gemacht haben, ist die Fortsetzung des Flüchtlingsgipfels. Da ist bis heute auch nichts passiert, seien es Finanzgespräche, die versprochen, aber nicht gehalten wurden, seien es inhaltliche Gespräche, die versprochen, aber nicht gehalten wurden. Das ist der doppelte Wortbruch der Ministerpräsidentin. So kann man Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht gemeinsam gestalten.

Wir haben uns überlegt, wie wir weiterarbeiten können. Wir haben dann festgestellt, dass Sie, Herr Minister, uns jetzt ein Einladungsschreiben kurz vor Schluss, vor der Winterpause, vor Verabschiedung des Haushalts reinreichen, in dem steht, ...

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie ...

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** ... wir sollen uns doch einmal mit Ihrem Sekretariat in Verbindung setzen, um dann über gemeinsame Flüchtlingskonzeptionen zu sprechen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Körfges zulassen?

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön.

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Stamp. – Ich will nachfragen bezogen auf das, was Sie hinsichtlich der Deckung aus dem Haushalt ausgeführt haben. Würden Sie also ein Verhältnis dergestalt herstellen, dass man nach Ihrer Ansicht den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels nur dann zustimmen kann, wenn aus dem Haushalt heraus an anderer Stelle eine originäre Deckung gesucht wird?

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege Stamp, bitte schön.

**Dr. Joachim Stamp** (FDP): Herr Körfges, wir waren auf dem Flüchtlingsgipfel so verblieben, dass wir genau darüber sprechen wollen, wie wir das gemeinsam hinkriegen. Aber dieses Gespräch hat es gar nicht gegeben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Hier sind wir einmal als Kulisse missbraucht worden, um den Minister medial aus der Schusslinie zu nehmen, und sind dann anschließend in die Fachberatung nicht mehr einbezogen worden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir erleben jetzt, wie mit der Opposition umgegangen wird. Da kommt kurz vor Schluss ein Schreiben mit Rechtschreibfehlern, mit Interpunktionsfehlern – das wird uns ein paar Tage vor der Schlussabstimmung in die Büros hineingereicht –, in dem zu lesen ist, wir könnten uns mit dem Sekretariat des Ministers in Verbindung setzen. – So kann man mit uns nicht umgehen. Wenn Sie der Meinung sind, wir seien für Sie Rotz am Ärmel, dann kränkt mich das nicht persönlich. Aber Flüchtlingspolitik macht man gemeinsam seriös anders.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Das spricht für Ihre Performance in den letzten Monaten insgesamt. Christian Lindner hat dazu vorhin das Richtige gesagt.

Meine Damen und Herren, die Piraten haben den Antrag zum Abschiebestopp gestellt. Wir sind hier in der Sache anderer Auffassung. Wir kennen die gute Intention. Wir glauben aber, dass das hier so nicht zielführend ist.

Es ist an dieser Stelle schwer – ich habe noch 27 Sekunden –, jetzt wirklich alles ausführlich auszuführen. Ich möchte nur sagen, dass keinem Kind aus diesen Familien geholfen ist, wenn wir einen Kreislauf haben, der darauf hinausläuft, ein paar Monate in Deutschland zu überwintern, um dann wieder in das Heimatland zurückzukommen, dort wieder eine kurze Zeit zu sein, einen Folgeantrag hier zu stellen, wieder auf einen Abschiebestopp zu hoffen.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das ist wieder eine Unterstellung!)

Das bringt diesen Kindern keine Perspektive.

Wir wissen, dass diese Gruppen in ihren Heimatländern diskriminiert werden. Wir wissen aber auch, dass es für sie keinen individuellen Asylanspruch gibt. Wir sollten lieber innovativ einmal über Kontingentlösungen oder Ähnliches sprechen. Wir müssen diesen Kreislauf für diese Kinder durchbrechen, damit sie vernünftig in die Schule gehen können, damit sie vernünftig Bildung bekommen, damit sie Perspektiven in ihrem Leben erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie noch einen Moment hierbleiben? – Es liegt eine Kurzintervention der Kollegin Düker vor.

**Monika Düker** (GRÜNE): Herr Stamp, was mich gerade erstaunt hat und was hier nicht so stehen lassen möchte, ist Ihre Behauptung, dass es nach dem Flüchtlingsgipfel keinerlei Angebote mehr an die Oppositionsfractionen gegeben hätte, mitzuarbeiten. Im letzten oder vorletzten Innenausschuss – ich meine, es war der vorletzte Innenausschuss – wurde ausdrücklich von der Landesregierung noch einmal das Angebot gemacht, sich im Hinblick auf Flüchtlingsunterbringung und die Frage, wie der Prozess für die Neukonzeptionierung ist, im Innenministerium zusammensetzen und noch einmal mit allen darüber zu beraten.

Wir jedenfalls haben eine Einladung bekommen, da standen Sie auch im Kopf drauf. Die integrationspolitischen und die innenpolitischen Sprecher wurden also danach zu einem solchen Gespräch eingeladen.

Wie können Sie dann hier behaupten, dass es keine weitere Einbindung der Oppositionsfractionen in die weiteren Gespräche gebe? Das ist einfach nicht wahr.

**Dr. Joachim Stamp** (FDP): Frau Düker, da haben Sie mir, glaube ich, eben nicht richtig zugehört. Ich habe doch das Schreiben des Ministers erwähnt, das wir am 11. Dezember kurz vor knapp im Posteingang hatten. Wissen Sie, wie viele Wochen seit dem Flüchtlingsgipfel vergangen sind? So kann man nicht gemeinsam arbeiten. Das geht so nicht.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Wir werden Ihnen trotzdem um der Sache willen weiterhin die Hand reichen. Aber es ist eine Unverschämtheit. Das werde ich hier auch als Parlamentarier so sagen dürfen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Herrmann.

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, es passt nicht zusammen, dass wir den großen Showdown rund um die Flüchtlingsaufnahme gemeinsam mit unserem Antrag für einen Abschiebestopp während der Wintermonate beraten. Es ist sehr schade, dass anscheinend an beiden Plenartagen nicht einmal eine halbe Stunde mehr Zeit da war –

(Beifall von den PIRATEN)

ein bisschen mehr Zeit, um die Situation von Geflüchteten in Deutschland und die Situation in angeblich sicheren Herkunftsstaaten zu beraten. Das wären diese Menschen schon wert gewesen.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber hier geht es anscheinend nur um Augen zu und durch. Der Haushalt ist abgestimmt – mit viel Eigenlob und noch mehr Selbstverleugnung. Frau Düker, die Zahlenspiele, die Sie eben gebracht haben, waren schon abenteuerlich. Denn ohne die 108 Millionen € vom Bund für den Verkauf Ihrer Stimme im Bundesrat hätte es hier für den Haushalt und für die Unterstützung der Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen ganz schlecht ausgesehen.

(Beifall von den PIRATEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Sind 90 Millionen € nichts?)

Meine Damen und Herren, die mutlose und kraftlose Politik der rot-grünen Landesregierung im Bereich der Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen wird fortgesetzt. Daran haben weder Lampedusa noch Burbach etwas geändert. Es wird also ein „Weiter so“ geben. Das steht nun fest.

Ich finde es nicht nur bedauerlich, sondern fatal, dass wir erneut die dringende Reform der Flüchtlingsaufnahme, nämlich die Neukonzeption, aufschieben. Natürlich sehen wir Ihre Anstrengungen. Aber einfach nur mehr Geld in ein gescheitertes System zu stecken, ist falsch.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben sehr viele gute Vorschläge unterbreitet, seit Monaten und schon seit Jahren. Für den Haushalt waren sechs sehr konkrete Lösungen für nachhaltige, humane und praktische Konzepte vorgeschlagen – alle abgelehnt.

Dennoch geben wir auch heute nicht auf und schlagen nun erneut Änderungen für das vorliegende Flüchtlingsaufnahmegesetz vor. Kommunen, die

Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen, betreuen und versorgen, sollen belohnt werden und Fördermittel erhalten. Ihr Gesetzentwurf garantiert bisher nicht, dass das versprochene Geld die Situation für die Flüchtlinge wirklich verbessert. Dafür bräuchte es verbindliche Mindeststandards, wie sie zum Beispiel der Flüchtlingsrat erarbeitet hat.

Sie überlassen es aber weiterhin den 396 Kommunen, ob Flüchtlinge angemessen versorgt bzw. untergebracht werden. Das kann gut gehen, wie in Lünen, Leverkusen und Mülheim. Es gibt aber gerade im ländlichen Raum viele Kommunen, da schlafen Flüchtlinge auf dreckigen Matratzen, und über dem Schimmel wächst schon Moos. Solche Geschichten hört man, wenn man einmal mit den ehrenamtlichen Helfern vor Ort spricht. Dieses Glücksspiel bei der Unterbringung muss endlich aufhören!

(Beifall von den PIRATEN)

Ein weiterer Punkt: Von sozialer Betreuung fehlt in ländlichen Gegenden oft jegliche Spur, auch weil die im Gesetz festgeschriebenen 4,5 % der Mittel nicht einmal für die Einrichtung eines Minijobs reichen. Wir wollen deshalb die Prozentzahl im Gesetz verdoppelt sehen. Dann können, nein dann müssen auch kleinere Kommunen sich um soziale Betreuung bemühen.

Meine Damen und Herren, liebe Frau Düker, lieber Herr Körfges, wir müssen endlich den Weg gehen und Standards für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen im ganzen Land setzen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich mag das Wort „Konnexität“ wirklich nicht mehr hören; es ist gleichbedeutend mit „Verantwortungslosigkeit“. Andere Bundesländer sind längst den Weg der gesetzlichen Festschreibung von Mindeststandards gegangen. Und Fördertöpfe unterliegen keinem Konnexitätsgebot. Sie haben einfach keinen Mut und keine Kraft!

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu unserem Antrag für einen Winterabschiebestopp kommen. Wir sind sehr gespannt darauf, wie Sie die Abschiebung in Kälte, Hunger und Verfolgung in diesem Winter rechtfertigen. Wieder machen es Ihnen andere Bundesländer vor und zeigen, wie grüne Flüchtlingspolitik aussehen kann.

Ein Erlass aus NRW wäre ein Signal gegen die flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen à la PEGIDA. Wenn wir hier im Landtag einen Abschiebestopp über den Winter auch für Roma beschließen würden, würden wir damit auch ein Zeichen gegen Feindlichkeit gegenüber dieser Volksgruppe setzen und den Vorurteilen über angeblichen Asylmissbrauch entgegenreten.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat unlängst wieder an uns, an die Politik, appelliert, mehr gegen Antiziganismus und Antiromanismus zu tun. Dringender Handlungsbedarf wurde angemahnt. Dass Roma in den Herkunftsstaaten nicht wirklich sicher sind, das wissen auch Sie, Frau Düker; Sie haben es eben auch angedeutet. Das Verwaltungsgericht Münster hat daran ebenfalls starke Zweifel.

Stimmen Sie deshalb für den Wintererlass, wie Thüringen und Schleswig-Holstein das bereits getan haben, und sorgen Sie für Sicherheit und Menschenwürde für Flüchtlinge im Winter! – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Stamp, jeder muss selbst schauen, welche Worte er wählt. Das ist oft eine Temperaments- und Stilfrage; ich weiß, wovon ich rede. Lieber Kollege, ob „doppelter Wortbruch“ und „Rotz am Ärmel“ die richtigen Worte in diesem Zusammenhang sind, das müssen Sie selbst beurteilen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das sind Ihnen doch auch keine Fremdworte!)

Aber ich lege Wert auf folgende Feststellung, Herr Stamp: Wir haben die Unterbringungssituation, wie sie sich aktuell darstellt und wie sie sich konzeptionell weiterentwickeln soll, in jeder Innenausschusssitzung der letzten Monate ausführlich dargestellt. Sie haben dazu ausführliche Berichte bekommen.

Wir haben anerkannt, dass Sie persönlich gesagt haben, Sie wollten sich auch konzeptionell einbringen. Deshalb habe ich Ihnen – und nicht nur Ihnen, sondern allen Fraktionen des Hauses – zwei Termine vorgeschlagen.

(Zuruf von den PIRATEN)

Es ist dem Respekt davor geschuldet, dass auch Abgeordnete volle Terminkalender haben, Herr Stamp, und es daher nur redlich ist, nicht nur einen Termin vorzugeben, sondern Ihnen und auch allen anderen Kollegen des Hauses die Chance zu geben, in einem ordentlichen Terminabstimmungsverfahren zu Einigkeit und Konsens zu kommen.

(Zuruf von den PIRATEN: Nur SPD und Grüne!)

Da bitte ich Sie, das nicht verdreht darzustellen.

(Zuruf von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufnahme, Versorgung, Betreuung von Schutzbedürftigen – das wird die Kernaufgabe der kommenden Jahre sein. Jeder, der Nachrichten sieht, weiß, was in der Welt geschieht, was auf Europa, auf Deutschland und auf Nordrhein-Westfalen zukommt. Deshalb ist es aller Anstrengungen wert, dieser Aufgabe auch mit strukturellen Verbesserungen nachzukommen.

Diese Anstrengungen, Herr Dr. Stamp, können Sie an einer Zahl messen. Diese Zahl lautet: 145 Millionen €. Das ist übrigens keine Gesamtsumme, Herr Herrmann, sondern die Summe, die das Land Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 2015 zusätzlich zu den bereits veranschlagten Mitteln für die Flüchtlingsarbeit in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellt und die im Übrigen in weiten Teilen den Kommunen zugutekommt.

(Zuruf von den PIRATEN: Hören Sie doch auf mit diesem Zahlenspiel!)

In dieser Summe, Herr Herrmann, sind übrigens auch die 54 Millionen € enthalten, die der Bund dem Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellt.

(Zuruf von den PIRATEN: Ja, aber die doppelte Anzahl von Flüchtlingen!)

Ich will da Herrn Kuper vor einer Legendenbildung schützen. Um es noch einmal deutlich zu sagen, Herr Kuper: Die Gesamtsumme des Bundes beträgt 108 Millionen €; die Hälfte davon ist jedoch ein lupenreines Darlehen, das wir als Land zurückzahlen müssen.

Die andere Hälfte – das wiederhole ich gerne an dieser Stelle noch mal – gibt das Land den Kommunen eins zu eins weiter; mehr noch: Es packt noch 91 Millionen € zusätzlich obendrauf; das ist insbesondere ein Ergebnis aus dem Flüchtlingsgipfel. Darin sind alleine 40 Millionen € enthalten, womit die Pauschale im FlüAG erhöht und sie damit dynamisch wachsen wird, wenn sich die Zuwanderungssituation nach Nordrhein-Westfalen und nach Deutschland ähnlich gestalten wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Landesregierung entlastet ihre Kommunen spürbar; denn wir müssen diese Herausforderungen gemeinsam stemmen. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr, und zwar anders als der Bund – um es deutlich zu sagen –, der seine Unterstützung lediglich für die Jahre 2015 und 2016 zugesagt hat.

Diese strukturelle Entlastung spiegelt sich auch in diesem Flüchtlingsaufnahmegesetz wider. Wir erfüllen dabei übrigens auch den großen Wunsch der kommunalen Spitzenverbände, einen Härtefallfonds für Krankheitskosten einzurichten. Dabei haben wir die Grenze von 70.000 € gewählt; alles oberhalb davon übernehmen wir. Wir werden diesen Fonds evaluieren und schauen, ob das Geld reicht, ob der

Fonds ausgeschöpft wird. Dann werden wir möglicherweise zu Anpassungen kommen.

Aber, um es noch einmal deutlich zu sagen, denn das gehört auch zur Wahrheit: Wäre das Asylbewerberleistungsgesetz weggefallen, so wie wir es gemeinsam gefordert haben – dass es nicht dazu kam, lag an der Blockadehaltung der CDU –, dann bräuchten wir derartige Härtefonds überhaupt nicht; wir bräuchten hier noch nicht einmal darüber zu diskutieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, insgesamt ist das FlüAG ein Gesetz, das unseren Kommunen deutlich mehr Spielraum bietet, um menschenwürdige Versorgung und Betreuung zu gewährleisten. Trotzdem heißt das nicht, um es deutlich zu sagen, dass sich der Bund auf alle Zeit von den Pflichten entlasten darf. Flüchtlingsaufnahme wird die Aufgabe des kommenden Jahrzehnts sein. Es kann nicht sein, dass Länder und Gemeinden das alleine stemmen müssen. Der Bund steht in der gesamtstaatlichen Verantwortung, seinen Teil aus dem eigenen Haushalt dynamisch beizutragen, um diese Herausforderung auf alle Schultern zu verteilen.

Lieber Herr Herrmann, ich will ganz kurz auf Ihre Forderung nach einem Wintererlass – es ist immer nur wenig Zeit – eingehen. Ich halte sehr viel davon, redlich miteinander zu sprechen: Was nutzt ein vorübergehender Wintererlass?

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Schützt vor Kälte!)

Da es eine Aufgabenerfüllung nach Weisung des Bundes durch die Kommunen ist – Herr Herrmann, das wissen Sie –, können wir einen solchen Erlass nur einmalig, vorübergehend und zeitlich befristet aussprechen.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Kann man!)

Danach ist ein solcher Erlass nie wieder möglich. Das wissen Sie, Herr Herrmann. Deshalb haben wir uns in Nordrhein-Westfalen für den richtigeren Weg entschieden.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Warum machen das andere Bundesländer? Dann müssen wir die Gesetze ändern!)

Wir geben den kommunalen Ausländerbehörden in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich vor, dass, wenn eine solche Rückkehr erforderlich ist, im Einzelfall die familiären, sozialen und gesundheitlichen Umstände zu prüfen sind – und zwar immer, nicht nur im Winter, sondern das ganze Jahr über, Herr Herrmann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Frank Herrmann [PIRATEN]: Wie häufig wird das gemacht?)

– Sie, Herr Herrmann, haben uns letztes Jahr persönlich dafür gelobt, dass wir über die Erlasslage in Nordrhein-Westfalen das gesetzlich ausschöpfen, was gerade bei Rückführungen im Rahmen von Landeskompetenz möglich ist. Das tun wir weiterhin konsequent.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Wir werden nachfragen, wie häufig das genutzt wird!)

Deshalb, Herr Herrmann, kündige ich jetzt an, dass dieser Sensibilisierungserlass, der im letzten Jahr für den Kosovo galt, auf ganz Südosteuropa – dort, wo es entsprechende Zuwanderungszahlen gibt – angewandt wird. Dieser Weg ist richtiger, als nur Symbolpolitik zu betreiben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind daher am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7620. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/7620** mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/7626. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/7626** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6689. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7552, den Gesetzentwurf Drucksache 16/6689 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 16/7552. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7552** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU, der FDP und der Fraktion der Piraten **angenommen**.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/7542. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/7542** an den **Ausschuss für**

**Kommunalpolitik** – federführend – sowie den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Wir kommen zur fünften und letzten Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7543. Die antragstellende Fraktion der Piraten hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/7543. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/7543** mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Zustimmung der Piraten **abgelehnt**.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

### **3 Elftes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (11. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/7544

erste Lesung

Ich erteile für die SPD-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer das Wort.

**Norbert Römer** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute zum ersten Mal über den Entwurf eines Schulrechtsänderungsgesetzes, das sich mit der Zukunft der Bekenntnisschulen befasst. Das ist ein Gesetzentwurf, der mit wenigen Regelungen auskommt, aber damit Grundlagen schaffen wird, die Eltern, Kindern sowie Lehrerinnen und Lehrern neue Perspektiven und Chancen eröffnen.

Wir haben im Vorfeld vor der Einbringung des Gesetzentwurfs sehr viele Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern sowohl der katholischen als auch der evangelischen Kirche geführt. Wir haben – ich war selbst mit dabei – über den notwendigen Veränderungsbedarf offen und intensiv gesprochen, weil wir eine einvernehmliche Regelung, eine einvernehmliche Vorgehensweise erreichen wollten.

Das ist gelungen.

Wir haben vor allem darüber diskutiert, was das Beste für unsere Kinder und deren schulische Bil-

dung, auch in Bekenntnisschulen, sein kann. Die Gespräche, meine Damen und Herren, waren davon geprägt, eine für Kinder und Eltern bestmögliche Lösung zu finden, die auch der besonderen staatskirchenrechtlichen Stellung der evangelischen und katholischen Kirchen Rechnung trägt. Weil wir einen Konsens erzielen konnten, haben wir jetzt den Gesetzentwurf eingebracht.

In diesem Zusammenhang bedanke ich mich ganz ausdrücklich bei den Vertreterinnen und Vertretern der katholischen wie der evangelischen Kirche. Denn für uns war völlig klar: In diesem sensiblen Bereich macht eine Gesetzesänderung nur dann Sinn, wenn sie im großen Konsens mit den beiden Kirchen zustande kommt. Das ist gelungen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

36,8 % der Kinder gehören dem katholischen Glauben an, 24,6 % dem evangelischen und immer mehr keinem christlichen Bekenntnis. In der Grundschule sind es aktuell 17 % der Schülerinnen und Schüler. Das ist die drittgrößte Gruppe knapp vor den Kindern mit islamischem Glauben mit 16,2 %. In Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit 2.891 Grundschulen, davon sind 876 katholische Bekenntnisschulen, hingegen nur 73 evangelische Bekenntnisschulen, und 1.942 sind Gemeinschaftsschulen.

Bei den Hauptschulen sieht die Relation deutlich anders aus. Von den 486 Gemeinschaftsschulen sind nur 41 katholische Hauptschulen. In 81 Kommunen, meine Damen und Herren, gibt es nur Bekenntnisgrundschulen.

Mit dem 11. Schulrechtsänderungsgesetz soll nun die Umwandlung von Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen ohne konfessionelle Bindung erleichtert werden. Mit der deutlichen Absenkung des derzeit geltenden Quorums von zwei Dritteln der Elternschaft auf eine qualifizierte einfache Mehrheit wird dieser Umwandlungsprozess vor Ort erheblich erleichtert. Und zur Sicherung der Unterrichtsversorgung müssen die stellvertretende Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr dem Bekenntnis des kirchlichen Schulträgers angehören.

Neu und wichtig für uns ist auch, dass der Schulträger das Initiativrecht erhält, einen Elternentscheid im Rahmen der Schulentwicklungsplanung anzustoßen. Dies ist aus unserer Sicht insbesondere dort geboten, wo es bisher nur Bekenntnisschulen vor Ort gibt und damit keine Wahlmöglichkeit besteht, eine weltanschauungsungebundene Schule besuchen zu können.

Ja, Sie merken, meine Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf greifen wir tiefgreifende Veränderungen in unserer Gesellschaft auf. Meine herzliche Bitte vor allem an die Oppositionsfraktionen: Ich würde mich sehr freuen, wenn sich auch die anderen Fraktionen im Landtag unserem Gesetzentwurf anschließen würden. Denn so könnte der Landtag